

Pressemeldung

Starnberg, den 02.03.2016

Fünf Jahre nach Fukushima und 30 Jahre nach Tschernobyl

Fünf Jahre nach Fukushima und 30 Jahre nach Tschernobyl ist der Atomausstieg zwar beschlossen, aber noch längst nicht vollzogen. In Deutschland sind immer noch acht Atomreaktoren in Betrieb. Sie produzieren eine knappe halbe Tonne hochradioaktiven Müll – an jedem einzelnen Tag.

In Gundremmingen steht Deutschlands gefährlichstes Atomkraftwerk. Wir fordern, beide Blöcke bis spätestens 2017 abzuschalten. Deswegen werden in Deutschland keine Lichter ausgehen, denn seit Jahren produzieren wir hierzulande mehr Strom als wir selbst verbrauchen.

Die Atomkraft geht, der radioaktive Müll bleibt

Wir müssen schnell ein unterirdisches Atomüllendlager finden, damit der strahlende Müll so sicher wie möglich gelagert werden kann. Bis dahin brauchen wir robustere Zwischenlager, die besser gegen Naturkatastrophen und terroristische Angriffe geschützt sind.

Der Atomüll wird selbst in mehr als einer Million Jahren noch gefährlich strahlen. Allein im abgeschalteten Atomkraftwerk Isar 1 lagern 1.700 hochradioaktive Brennelemente in einem Wasserbecken. Es ist nur von einer dünnen Mauer umgeben, die stellenweise nur 40 cm dick ist.

Auch die Lagerung in Castoren ist gefährlich! Die Castorlager sind ein Provisorium, die nur für eine Lagerung bis maximal in die 2040er Jahre ausgelegt sind. Der Nachweis der Sicherheit gegen Angriffe von außen wird sogar von den höchsten Gerichten in Frage gestellt. Es fehlt an Reparatureinrichtungen, falls ein Castor undicht wird.

Kreisvorsitzender Bernd Pfitzner bekräftigt: „Wir Grüne fordern einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit dem Atomüll!“

Neue Energie. Neuer Strom

Windenergie: Das Anti-Windkraft-Gesetz der CSU gibt vor, dass neue Windräder zehn Mal so weit zum nächsten Haus stehen müssen, wie sie hoch sind (10 H). Deshalb wurden in Bayern in den ersten neun Monaten 2015 nur 25 neue Anlagen beantragt. Im Jahr zuvor waren es noch 336. Wir wollen dieses Gesetz kippen und haben deshalb dagegen geklagt.

Solarstrom: Wir brauchen den Ausbau für eine Terawattstunde Solarstrom mehr pro Jahr. Wer auf dem eigenen Hausdach Strom produziert, soll dafür nicht mit der EEG-Umlage bestraft werden.



Biogas: Der Strom aus Biogasanlagen soll vor allem dann erzeugt werden, wenn die Sonne nicht scheint und kein Wind weht. Dafür brauchen wir eine verlässliche Förderung für den Anlagenbestand.

Bürgerenergie: Die Pläne der Großen Koalition bremsen regionale Bürgerenergieprojekte aus. Wir dagegen stehen für einen Strommarkt, auf dem auch regionale Energiegenossenschaften in Bürgerhand Platz haben. Die Kreisvorsitzende Kerstin Täubner-Benicke sagt dazu: „Unsere örtliche Energiegenossenschaft macht hervorragende Arbeit. Die Energiewende muss vorrangiges Ziel im Landkreis bleiben!“

Der Kreisverband der Grünen wird auf diese Forderungen mit einem Infostand am 11.03. von 7.00-8.30 Uhr am Bahnhof See in Starnberg aufmerksam machen und Infomaterial verteilen.